



Sessionsrückblick

Thürnen, 25. Juni 2013

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Die Session war von der Diskussion um die „Lex USA“ bestimmt. Natürlich ist dieses Dossier wichtig, vor allem aus staatspolitischen Überlegungen. In meiner Einschätzung hat das Dossier trotz seiner Bedeutung leider auch dazu geführt, dass Themen, die für uns in der Schweiz wichtig sind, in den Hintergrund geraten sind.

FDP geschlossen gegen Lex USA

Wir haben uns den Entscheid nicht leicht gemacht und letztlich geschlossen gegen die Lex USA gestimmt. Warum? Für uns ist klar, dass wir nicht aufgrund der Problematik einiger Bankkunden einen Systemwechsel vollziehen sollten, der staatspolitisch ein Präjudiz schafft und anderen Staaten das Signal gibt, dass die Schweiz sich unter Druck setzen lässt.

Wir sind für eine Regulierung der Vergangenheit, wir unterstützen die Banken auch im Ansinnen ihre Probleme mit den USA zu lösen – schliesslich sind sie für unsere Volkswirtschaft wichtig.

Aber: Es gibt keinen ersichtlichen Grund dafür unsere Demokratie auszuhebeln und mit dringenden Notmassnahmen zu arbeiten. So oder so müssen wir die Verantwortung für das Handeln der Schweizer Unternehmen letztlich als Gesellschaft tragen, dies muss aber einem ordentlichen, demokratischen Prozess folgen. Der Druck von Aussen darf kein Leitmotiv sein! Ich persönlich wurde während der Session aus den Bankenkreisen angegangen: Einmal hiess es, ich solle mich für die „Lex USA“ einsetzen, dann hiess es wieder, ich solle dagegen sein. Für mich ist klar: die staatspolitische Grundlage muss bestehen bleiben, auch unter Druck.

6,4 Milliarden für neue Bahnprojekte

Als direkter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“ des VCS beschloss das Parlament die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, kurz FABI, mit einem neuen, unbefristeten Bahninfrastrukturfonds. Dabei folgte der Nationalrat dem Beschluss des Ständerates und erhöhte den Betrag für die erste Etappe von 3,5 auf 6,4 Milliarden Franken. Man kann vortrefflich über die Höhe des Betrags streiten, mir sind Investitionen in die Infrastrukturen allerdings lieber als eine Erhöhung der Sozialausgaben. Für das Baselbiet steht konkret der Ausbau der Linie Basel – Olten durchs Ergolzthal und die Entflechtung des Knotens Pratteln an. Zudem wird der Bund mit der Planung eines dritten Juradurchstichs beauftragt. Wo dereinst ein neuer Tunnel durch den Jura führen wird, bleibt aber vorerst offen, das ist aus meiner Sicht unbefriedigend.

Doch woher kommt das Geld für die geplanten Vorhaben? Einerseits wird die Mehrwertsteuer ab 2018 um 0,1 Prozent erhöht. Der Bund begrenzt zudem den Pendlerabzug auf 3000 Franken. Auch die Kantone werden sich finanziell an der FABI beteiligen müssen. Die Bauprojekte haben auch negative Konsequenzen, gegen die wir uns wehren müssen: So soll sich der 2016 beginnende Umbau des Bahnhofs Lausanne negativ auf die Anschlüsse des Laufentals ans nationale Schnellzugnetz auswirken, der Fahrplan wird verdünnt und unattraktiver, wenn wir nicht Gegensteuer geben. Mit meiner Anfrage vom 3. Juni 2013 ersuche ich den Bundesrat und das Bundesamt für Verkehr, die Auswirkungen einer über 200 Kilometer entfernten Baustelle auf unsere Region zu vermeiden.

IV-Revision leider gescheitert

Enttäuschend war aus meiner Sicht der Verlauf der Debatte über die 6. IV-Revision. Die Sanierungsvorschläge wurden von ursprünglich 700 Millionen Franken scheinbar auf noch 50 Millionen zusammen gestrichen. Kein Wunder, dass der Nationalrat die Vorlage schliesslich definitiv versenkte. Doch damit sind die Probleme nicht gelöst. Das Volk hat vor drei Jahren einer Erhöhung der Mehrwertsteuer bis Ende 2017 nur zugestimmt, weil die Politiker versprochen, die IV nachhaltig zu sanieren. Weniger Ausgaben, mehr Einnahmen und die Reduktion des nach wie vor enormen Schuldenberges von 15 Milliarden Franken, lauteten die Vorgaben. Am letzten Sessionstag reichte die FDP-Fraktion eine Motion ein, die vom Bundesrat die Vorlage eines neuen Sanierungsprogramms verlangt.

Zukunft des Waffenplatzes Liestal

In kleinen, aber stetigen Schritten verkleinert der Bund die Armee. Im Rahmen des neuen Stationierungskonzepts überprüft die Armee auch die Standorte für Ausbildung, Logistik und Einsatz. Die Diskussion über die Schliessung von Kasernen und Zeughäusern in den Kantonen ist absehbar. Mit meiner Anfrage vom 10. Juni 2013 möchte ich vom Bundesrat wissen, ob, wann und wo sich die Armee aus einzelnen Kantonen zurückziehen und wie sich das auf den Waffenplatz Liestal auswirken wird. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Waffenplatz erhalten bleibt, er ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in unserer Region.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Interesse und wünsche Ihnen eine schöne Ferienzeit.

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

E-Mail daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch, www.parlament.ch